

Margit Mayer*

Demokratische Mehrheiten in Washington und eine erneuerte US-Linke?

Die Politik der Biden-Harris-Regierung und die Linke (Teil 2)

Zusammenfassung: Der zweite Teil des Aufsatzes (der erste erschien in PROKLA 203) präsentiert zunächst ein Update des Kontexts, in dem die neue Biden-Harris-Regierung und die demokratische Mehrheit im Kongress agiert. Hauptsächlich untersucht er einige der innenpolitischen Maßnahmen und die zentralen Reformprojekte, um schließlich deren Implikationen für Bewegungshandeln zu skizzieren: die im ersten Teil untersuchten Organisationen DSA und BLM orientieren sich angesichts der aggressiven Politik der republikanischen Rechten und der fragilen Mehrheit für die Reformprojekte der Demokraten stärker als zuvor auf elektorale Politik und rücken näher an die Demokratische Partei heran.

Schlagwörter: US-Linke, Biden-Harris-Administration, Democratic Socialists of America, Black Lives Matter

Democratic Majorities in Washington and a Renewed U.S. Left? The Politics of the Biden-Harris Administration and the Left (Part 2)

Abstract: The second part of this article (the first was published in PROKLA 203) starts with an update of the context in which the new Biden-Harris administration and the Democratic majority in Congress operate. It mainly discusses some of the domestic policies and key reform projects, and ends by outlining their implications for movement activities: given the aggressive policies of the Republican right and the Democrats' fragile majority behind the reform projects, DSA and BLM (the organizations examined in the first part) have oriented themselves even more toward electoral politics than before and moved closer to the Democratic Party.

Keywords: US Left, Biden-Harris Administration, Democratic Socialists of America, Black Lives Matter

* Margit Mayer lehrte Politikwissenschaft am FB Politik- und Sozialwissenschaften und am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der FU Berlin und ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der PROKLA.

Nach zehn Monaten im Amt wirkt die Bilanz der Biden-Harris-Regierung auf den ersten Blick beachtlich. Sie konnte in der Pandemiebekämpfung, trotz großer Widerstände in republikanisch-dominierten Staaten, signifikante Erfolge erzielen, und dabei sogar einige von den wirtschaftlichen Folgen der Gesundheitskrise besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen vor dem Absinken in Armut schützen; sie hat unerwartet ambitionierte, produktive und redistributive Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht; die Kapitol-Stürmer vom 6. Januar 2021 werden nach und nach vor Gericht gebracht und zu Gefängnisstrafen abgeurteilt – und sie genoss dabei anfangs sehr hohe Zustimmungsraten in der Bevölkerung sowie in weiten Teilen progressiver und linker Gruppierungen. Doch zunehmend erweisen sich – gerade für die ambitionierten Reformprojekte – die im ersten Teil des Aufsatzes (siehe PROKLA 203) dargestellten strukturellen Barrieren als extrem massiv, und die Blockadepolitik der Republikaner im Kongress sowie in den Einzelstaaten hat sich weit über bisherige Praxen ausgedehnt.

Dieser zweite Teil des Aufsatzes konzentriert sich auf die innenpolitische Agenda und zentrale Reformvorhaben der neuen Regierung sowie die Konflikte und Auseinandersetzungen, die darüber ausgebrochen sind. Dafür wird auch hier zunächst der restriktive Kontext – der Rechtsrutsch der republikanischen Partei und hinter ihr stehende Kräfte – präsentiert, der die Handlungsspielräume der demokratischen Regierung begrenzt. Weil sowohl Verfahrensregeln als auch die Stärke der rechten Republikaner die Möglichkeiten der Regierung einengen, scharft sich die sogenannte progressive Linke hinter die zentristische Führung der Demokratischen Partei, was auch Folgen für die politische Ausrichtung und Aktivitäten der Bewegungslinken mit sich brachte. Auf diese Auswirkungen geht der Aufsatz im dritten und letzten Teil – wiederum anhand der demokratisch-sozialistischen Linken (DSA) sowie der Black Lives Matter (BLM)-Bewegungen – ein.

1. Hindernisse für die Umsetzung progressiver Politik

Schon im Juni häuften sich Meldungen wie »Biden's reform agenda at risk of dying a slow death in Congress« (Smith 2021) oder »Joe Biden's reform agenda has hit a wall after a heady start! Blame factionalism and the filibuster!« (The Economist 2020). Zum jetzigen Zeitpunkt, Mitte Oktober 2021, ist deutlich, dass die Republikanische Partei im Kongress sämtliche existierenden Möglichkeiten – von Verfahrensregeln wie dem Filibuster (der im Senat statt einer einfachen Mehrheit mindestens 60 Stimmen erfordert) bis zu Gerrymandering (der Manipulation von Wahlkreisgrenzen) – eiskalt nutzt, um Reformvorhaben der Demokraten zu blockieren. Im

Sommer und Herbst 2021 ließen die Republikaner eine Reihe von im Repräsentantenhaus (wo die Demokraten eine Acht-Stimmen-Mehrheit haben) bereits verabschiedeten Gesetzesvorlagen im Senat scheitern, indem sie geschlossen dagegen stimmten bzw. sie obendrein noch »filibusterten« – wie bspw. den *For the People Act* zur Stärkung des Wahlrechts. Mit dieser Methode verhinderten sie Ende September zunächst auch die Haushaltsfinanzierung sowie die Anhebung der Schuldenobergrenze, um die Demokraten mit einem drohenden *Shutdown* der Bundesregierung und sogar ihrer Zahlungsunfähigkeit unter Druck zu setzen. Das Kalkül war deutlich: den Senat mit solch gravierenden Problemen zu »beschäftigen«, sollte den Demokraten Zeit und Energie rauben, die sie für die anstehenden Reformen dringend brauchen. Der Minderheitsführer im Senat McConnell sagte es offen: »There is no chance, no chance the Republican conference will go out of our way to help Democrats conserve their time and energy, so they can resume ramming through partisan socialism as fast as possible« (Ewall-Wice 2021).

Gleichzeitig ist klar geworden, dass nicht etwa nur eine bunt gemischte Menge von »Patrioten«, Rechtsextremen, Ultrationalisten, Paramilitärs und »respektablen Bürger*innen« am 6. Januar 2021 den Machtwechsel verhindern wollten (Pape 2021a), sondern tatsächlich ein von Trump und engen Mitarbeitern ausgearbeiteter Sechs-Punkte-Plan (das *Eastman Memo*) nur knapp scheiterte (Woodward/Costa 2021). Weder die Kongressmitglieder der Republikanischen Partei noch ihre führenden Köpfe haben sich (bis auf wenige Ausnahmen wie Liz Cheney und Adam Kinzinger) von dem beabsichtigten Coup distanziert – entweder, weil sie Trumps Wähler*innen nicht verlieren wollen oder, weil sie selbst eine autokratische, wenn auch illegitime Regierung favorisieren. Die Republikanische Partei steht heute loyal zu Trump², und teilt seine Sicht, die Demokratische Partei habe 2020 Wahlbetrug begangen.³ Da sie in der Mehrzahl der Einzelstaaten über Mehrheiten verfügt, haben ihre Vertreter dort auf breiter Ebene bereits restriktive Wahlgesetze verabschiedet, die darauf abzielen, die Kontrolle über das Wahl-Prozedere in republikanische Hände zu legen, und so dafür zu sorgen, dass künftig demokratische Wahlsiege – falls solche noch zustande kommen – leichter gekippt werden können als im November 2020.

2 Sie geht sogar – z.T. mit Gewaltandrohung – gegen Parteimitglieder vor, die im Januar 2021 für Trumps Amtsenthebung gestimmt haben (Jonathan Martin 2021; Niedzwiadek 2021).

3 Lediglich Republikaner, die aktuell kein politisches Amt innehaben, verweigern Trump die Gefolgschaft und unterstützen stattdessen Liz Cheney in ihrer Wahlkampagne für 2022, etwa Jeb Bush, John Boehner, Paul Ryan oder Karl Rove. Viele andere halten sich mit Kritik an Trumps Linie zurück.

Auch mehr als ein Drittel der US-amerikanischen Bürger*innen glaubt, dass Biden die Wahl »gestohlen« habe (Greenwood 2021), unter Republikanern sogar mehr als doppelt so viele (Eleveld 2021). Verschiedene Umfragen, die im Lauf des Juni 2021 das Vertrauen republikanischer wie demokratischer Wähler*innen in die Wahlergebnisse abgefragt haben, erhoben ebenso deren Bereitschaft zu Gewaltanwendung »zur Verteidigung der traditionellen amerikanischen Lebensweise.« Eine solche Bereitschaft wurde von 55 Prozent der republikanisch und 15 Prozent der demokratisch wählenden Befragten bejaht.⁴ 47 Prozent der Republikaner sind der Überzeugung, dass »a time will come when patriotic Americans have to take the law into their own hands« – neun Prozent der Demokraten stimmen diesem Satz zu (Castronuevo 2021). Die Studie der University of Chicago (Pape 2021b) fand heraus, dass 47 Millionen erwachsener Amerikaner*innen – also fast jede/r fünfte – glaubt, dass »the 2020 election was stolen from Donald Trump and Joe Biden is an illegitimate president.« 21 Millionen von ihnen stimmen auch dem Satz zu, dass »use of force is justified to restore Donald J. Trump to the presidency« (Pape 2021a). Von diesen 21 Millionen besitzen mindestens sieben Millionen bereits eine Waffe, haben mindestens drei Millionen eine militärische Ausbildung, und sagen sechs Millionen, dass sie rechte Milizen oder extremistische Gruppen zu unterstützen.

Die (post-)Trump-Bewegung stützt sich also auf ein nicht zu unterschätzendes Potenzial in der (Wahl-)Bevölkerung, die sich um das Narrativ der angeblich gestohlenen Wahl organisiert und die politische Gewalt, um »Amerika wieder groß zu machen« (Make America Great Again) billigt. Von Neo-Konservativen über Liberale bis hin zu Linken zeigt man sich angesichts dieser MAGA-Formierung alarmiert (Kagan 2021; Levitsky/Ziblatt 2021; Fletcher 2021), aber von der Rettung der Demokratie haben sie natürlich höchst unterschiedliche Vorstellungen.

Während die Demokraten versuchen, auf Bundesebene zu regieren, weiten die MAGA-Kräfte ihre politische Macht auf einzelstaatlicher Ebene aus. Im Lauf der letzten Dekade haben auf nationaler Ebene agierende Organisationen wie American Legislative Exchange Council (ALEC), Heritage Action, FreedomWorks, America First Policy Institute, oder das State Policy Network (eine locker vernetzte Gruppe rechts-gerichteter Thinktanks) systematisch die Gesetzgebung auf einzelstaatlicher Ebene beeinflusst, vor allem indem sie modellhaft Gesetzesvorlagen zu unterschiedlichen Themen – von Kriminalisierung der Abtreibung über die Beschneidung von Gewerkschafts- und

4 »GW Politics Poll Shows Lack of Trust by Republicans in Biden Won States« (26.6.2021), <https://smpa.gwu.edu/>.

Demonstrationsrechten, vom Schutz fossiler Industrien und Erschwerung von Umweltpolitik bis hin zu Waffenkontrollgesetzen und Polizeischutz – entwickelt und den einzelstaatlichen Gesetzgebern angeboten haben. Eines ihrer zentralen Anliegen ist die landesweit koordinierte Kampagne, in den Einzelstaaten Gesetze zur Unterdrückung von Wahlstimmen und zur Übergabe des Zertifizierungsprozesses an republikanische Beamte zur Verabschiedung zu bringen. Nach Recherchen des Brennan Center traten im Lauf dieses Jahres in 19 Staaten 33 Gesetze in Kraft, die der Wahlunterdrückung bzw. dem Stimmenzuwachs der Republikaner dienen. Auch Texas ist inzwischen – nachdem die Demokraten dort trotz spektakulärer Flucht der Abgeordneten die Verabschiedung nicht verhindern konnten – auf der Liste, in weiteren Staaten sind ähnliche Vorhaben noch anhängig.⁵ Die treibenden Kräfte hinter dieser Gesetzesflut – also ALEC, Heritage Action usw. – unterbreiten den Gesetzgebern nicht nur modellhafte Gesetzestexte, sondern bieten darüberhinaus auf Tagungen Unterstützung an, betreiben im Kongress entsprechende Lobbyarbeit und finanzieren Werbekampagnen in Sozialen Medien. Finanziert werden sie reichlich vom Ölmagnaten Charles Koch und der Bradley Foundation, aber auch von konservativen Unternehmensgruppen (Stone 2021; Armiak 2021; McGraw 2021; Mayer 2021).

Eine andere Zielscheibe ihrer Beeinflussung einzelstaatlicher Gesetzgebung sind die Aktivitäten progressiver sozialer Bewegungen: seit 2017 sorgen sie in mehr und mehr Staaten für Innovationen im *protest policing*, also für Repression von Protesten inklusive solcher Neuerungen wie Autofahrer*innen zu erlauben, ihr Auto in Straßen-blockierende Demonstrant*innen zu steuern. Nach dem Start der BLM-Bewegungen sorgten sie dafür, dass sogenannte *police-protection*-Gesetze auf die legislative Agenda kamen, und seit dem Widerstand der Standing Rock-Stämme und ihrer Unterstützer*innen gegen die Öl-Pipelines durch North Dakota unterbreiteten sie *pipeline protection bills* und über 100 *anti-protest*-Gesetze – im ganzen Land. Suh und Tarrow haben an Hand der Auswertung von 150 solcher protest-unterdrückender Gesetze/Vorhaben festgestellt, dass ihr z.T. identischer Wortlaut auf einen von ALEC zirkulierten *Critical Infrastructure Protection Act* zurückgeht. Sie argumentieren, dass das zeitlich synchronisierte Auftauchen dieser ähnlich konstruierten Gesetze mit rechter bzw. repressiver Stoßrichtung auf die Herstellung einer neuartigen Vernetzung zwischen privaten *advocacy*-Organisationen und einzelstaatlichen Gesetzgebern beruht. Dabei nutzen die auf nationaler Ebene organisierten privaten Akteure gezielt die geringe Aufmerksamkeit lokaler Medien, die Ideologiefi-

5 <https://www.brennancenter.org/>

xiertheit der Wähler*innen und die relative Uninformiertheit amateurhafter Politiker*innen aus, um ihre politische Agenda durchzusetzen (Suh/Tarrow i.E.; Tarrow 2021).

Dieser Kontext gestärkter wie radikalisierter republikanischer Gegner in Washington wie in den Einzelstaaten stellt eine gewaltige Hürde für die Biden-Regierung dar. Dazu kommt noch die – selbst angesichts des aggressiven »äußeren Feindes«, der Republikaner, unverminderte – Gespaltenheit der Demokratischen Partei selbst. Konservative Demokraten im Repräsentantenhaus und insbesondere im Senat, häufig als »Moderate« oder »Zentristen« bezeichnet, verhalten sich – auch aufgrund massiver Spenden von Konzernen, insbesondere der Öl- und Gasindustrie – wie Republikaner und verweigern Bidens Gesetzesvorlagen, vor allem wenn sie Unternehmenssteuern und Umverteilungsprogramme vorsehen, die Unterstützung. Andererseits gefährden »progressive Demokraten«, die Abstriche an ambitionierteren Reformprojekten wie *Build Back Better* verhindern wollen, Abstimmungserfolge, die selbst mit einfacher Mehrheit (aufgrund des *Budget Reconciliation*-Prozesses) möglich wären. Die ohnehin knappen demokratischen Mehrheiten im Kongress sind durch die Vetomacht von einigen wenigen noch prekärer geworden.

2. Die Biden Agenda – Personalentscheidungen und zentrale Reformvorhaben

Sowohl mit seiner Besetzungspolitik als auch mit einer schnellen Folge von Maßnahmen, die den Vorstellungen progressiver Bewegungen entgegen kamen, konnte die junge Biden-Harris-Regierung durchaus Begeisterung in linken Kreisen hervorrufen: Zwar besetzte sie die Kabinettsposten und wichtige Beraterstellen fast gänzlich mit Veteran*innen aus der Obama-Regierungszeit und Vertreter*innen der Finanzwelt, und wies Ansprüche aus dem progressiven Lager ab,⁶ auf unteren Rängen allerdings kam eine ansehnliche Zahl von Vertreter*innen und Expert*innen aus fortschrittlichen Organisationen sowie kritischer Wissenschaft zum Zug. Das *Covid-19 Relief Package* (welches Sanders als Vorsitzender des *Senate Budget Committee* erfolgreich durch den komplizierten *Budget Reconciliation*-Prozess bugsierte und Biden am 11. März

6 Die Parteiführung berücksichtigte weder Sanders' Wunsch auf das Arbeitsministerium, noch den Wunsch von Alexandra Ocasio-Cortez auf einen Sitz im *House Energy and Commerce Committee*. Die einzige Ausnahme stellte die Berufung von Deb Haaland, die erste *Native American* im Kabinett, dar. Sie ist Chefin des Interior Department, das über Bundesländer, Naturre Ressourcen und Förderprogramme für *Native Americans* wacht.

unterzeichnete),⁷ verschiedene klimapolitische Maßnahmen sowie sichtbare Bemühungen zur Anerkennung von Frauen, Transgender und ethnischen Minoritäten, aber vor allem neue Leistungen im sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bereich beruhigten weite Teile der Bewegungslinken bzw. beflügelten bei manchen sogar die Hoffnung, Joe Biden könnte als »transformativer Präsident« in die Geschichte eingehen (Heideman/Jay 2021).

Als nächstes nahm die Biden-Regierung die Umsetzung des *American Jobs Plan* (The White House, 31.3.2021) und des *American Families Plan* (The White House, 28.4.2021) in Angriff. Erweitert um Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz wurde daraus ein umfangreiches Infrastruktur-Paket geschmiedet und in beiden Kammern auf den Weg gebracht (Tankersley 2021). Biden entschied sich im Juni zu einer Zweiteilung dieses Vorhabens, um wenigstens für einen Teil die Ja-Stimmen von (mindestens zehn) Republikanern zu sichern. Eine Kopplung sollte insofern bestehen bleiben, als sowohl die Vorsitzende im Repräsentantenhaus, *House Speaker* Pelosi, als auch der Mehrheitsführer im Senat, Chuck Schumer, versprachen, das überparteiliche (*bipartisan*) »harte« Infrastrukturpaket im Repräsentantenhaus nur einzubringen, wenn auch im Senat eine Einigung über das zweite, umfangreichere Paket, das nur mittels *Budget Reconciliation* zu realisieren sein würde, erzielt sei (Rock/Grim 2021). Der *Bipartisan Deal*, der im August 2021 im Senat mit 69 gegen 30 Stimmen verabschiedet wurde, also von 19 Republikanern mitgetragen wurde (CNN, 10.8.2021), sieht 1,2 Billionen US-Dollar für »harte« Infrastrukturmaßnahmen vor, wie die Erneuerung maroder Straßen und Brücken, den Ausbau des Stromnetzes und des Highspeed Internets in ländlichen Gebieten sowie für umweltfreundlicheren öffentlichen Nahverkehr und das Schienennetz (The White House, 28.7.2021). In seiner ursprünglichen Fassung enthielt der Entwurf noch weitergehende Klimavorschriften, die auf Druck mächtiger Lobby-Gruppen entfernt wurden (Sen 2021).

Er enthält allerdings 25 Milliarden US-Dollar Subventionen für fossile Energieunternehmen, um diese bei der Entwicklung von CO₂-Abscheidung und *hydrogen fuel* zu unterstützen. Nicht nur Firmen der Energieindustrie, auch die Bauindustrie, die Landwirtschaft und Hunderte weiterer Unterneh-

7 Der 1,9 Milliarden schwere, durch Schuldenaufnahme finanzierte *American Rescue Act* wurde ohne jede republikanische Stimme im Senat verabschiedet. Er beinhaltet monatliche Zuwendungen für Haushalte mit Kindern: 300 US-Dollar für unter-Sechsjährige, 250 US-Dollar für Kinder über dieser Altersgrenze, und damit eine garantierte Leistung für ca. 66 Millionen Haushalte, allerdings zunächst befristet bis Dezember 2021 (Stein 2021), umfangreiche Subventionen für den Kauf von Krankenversicherungen, sowie direkte Schecks für arbeitende Amerikaner*innen. Allerdings blieben in den Verhandlungen zwischen den konträren Positionen innerhalb der Demokraten sowohl der Mindestlohn von 15 US-Dollar als auch einige Green New Deal-Maßnahmen auf der Strecke (Sirota u.a. 2021).

men (die sich mit der Unterstützung konservativer Lobbyorganisationen an der Ausgestaltung des Gesetzes beteiligt haben, vgl. Romm/Torbati 2021) sehen dem Inkrafttreten dieses Eine-Billion-Pakets freudig entgegen. Den von ihnen gekauften Abgeordneten stellte Nancy Pelosi die Abstimmung im Repräsentantenhaus für Ende September in Aussicht.

Das zweite Infrastrukturpaket, das 3,5 Billionen US-Dollar schwere *Build-Back-Better*-Gesetz (BBB), enthält die weiter gehenden Reformvorhaben, die Biden zuvor in seinem *American Jobs Plan* und dem *American Families Plan* vorgelegt hatte. Wegen des angekündigten republikanischen Filibusters sahen sich die Demokraten gezwungen, all diese ihnen wichtige Vorhaben in dieses *eine* Gesetzespaket zu packen, das dank *Budget Reconciliation* lediglich mit den Stimmen der 50 demokratischen Senator*innen plus Kamala Harris' Stimme durch den Senat gebracht werden könnte. Es beinhaltet sowohl ihre Pläne zum Ausbau der sozialen, »weichen« Infrastruktur, wie Investitionen in Erziehung, Ausbildung, Gesundheit und öffentlichen Wohnungsbau, als auch Maßnahmen zur Abwendung des Klimawandels und zur Stärkung resilienter Strukturen; des weiteren sind eine gewerkschaftsfreundlichere Revision des Arbeitsrechts, die überfällige Reform der Medikamenten-Preisgestaltung, progressive Steuererhöhungen, das Auf-Dauer-Stellen des 300-Dollar-Kinder-gelds, und weitere Maßnahmen zur Verringerung der sozialen Ungleichheit vorgesehen. BBB komme, im Gegensatz zum *Bipartisan Deal*, also primär Familien, Niedrigverdienern, Covid-Opfern und der Umwelt zugute – so jedenfalls die Rhetorik der Demokraten. Die Finanzierung dieses Pakets soll nicht über Schuldenaufnahme, sondern über die partielle Rücknahme von Trumps Steuerkürzungen von 2017 erfolgen, was ihm den heftigen Widerstand sämtlicher Großkonzerne, ihrer Assoziationen und Interessengruppen, sowie von konservativen und rechten Lobby-Organisationen sicherte, außerdem den Widerstand der (von diesen gekauften) Volksvertreter*innen, die größtenteils selbst Millionäre sind und kein Interesse an Steuererhöhungen haben.

Auf der anderen Seite konnten die Mitglieder des *Progressive Democratic Caucus*⁸ von der Zerteilung des Infrastruktur-Pakets nur überzeugt werden, nachdem Biden und Pelosi ihnen zusicherten, dass der *Bipartisan Deal* keinesfalls das größere Paket ersetzen würde; um dies zu gewährleisten, vereinbarte Pelosi, beide Pakete parallel durch die Ausschüsse und schließlich zur Abstimmung zu bringen. Aber schon am 12. August forderten neun konservative demokratische Abgeordnete eine Abstimmung über das erste Paket, ohne abzuwarten bis das größere BBB-Paket fertig geschnürt wäre.

8 Dem CPC gehören knapp 100 Abgeordnete an, siehe Teil 1 des Aufsatzes in PROKLA 203, Fn. 7.

Am 24. August genehmigte das Repräsentantenhaus mit knapper Mehrheit den Beginn der Ausarbeitung des BBB-Gesetzes und garantierte gleichzeitig die Abstimmung über den *Bipartisan Deal* bis spätestens 27. September (Cochrane 2021).

BBB erlaubt als *Reconciliation*-Paket im Senat keine Abweichler unter den demokratischen Senatoren und im Repräsentantenhaus maximal drei. Aber die Demokraten stehen keineswegs geschlossen hinter dem Plan (Levits 2021). Auch unter ihnen sind nicht wenige für Wahlkampfunterstützung und Großspenden von Industrie- und Lobby-Gruppen empfänglich. Einflussreiche Großkonzerne haben, sobald sich die Konturen dieses Reformpakets abzeichneten, den Widerstand dagegen organisiert, der vor allem aus der Pharmaindustrie, den Großbanken, Big Tech sowie aus der Öl- und Gasbranche kommt. Die U.S. Chamber of Commerce sowie die National Federation of Independent Business koordinierten und finanzierten die Kampagne (Romm 2021), und es gelang ihnen, auch den Business Roundtable und die National Association of Manufacturers (NAM) an Bord zu holen, die allesamt die geplanten Steuererhöhungen ablehnen (vgl. NAM 2021).⁹ Kurz vor der geplanten Abstimmung Ende September gossen auch rechte Lobby-Gruppen wie *American Action Network* und *Americans for Prosperity* jeweils noch siebenstellige Beträge in *Ad Blitzes*, um BBB zu verhindern. Sie bearbeiten unschlüssige sowie konservative Demokraten direkt und über Werbespots auf TV, Radio, und Sozialen Medien, auf keinen Fall für diese »Regierungsübernahme unserer Wirtschaft« zu stimmen, und drohen ihnen mit Entzug ihrer Unterstützung falls sie dafür votieren (Evers-Hillstrom 2021a, b).

Da die progressiven Demokraten im Repräsentantenhaus über genug Stimmen verfügen, um das »harte Infrastrukturpaket« zu verhindern, falls ihre konservativen Parteigenoss*innen nicht zuerst für BBB votierten (Sirota 2021), beharrten sie diesmal auf ihrer Position. Es ist rar, dass nicht die *corporate Democrats*, sondern die im *Congressional Progressive Caucus* versammelten Demokraten sowie die Demokratischen Sozialisten, von Sanders bis zu lokalen Bewegungsgruppen, Präsident Biden in seinen Vorhaben unterstützen. Sanders sprach auf *rallies* quer durch die USA, wo er immer wieder betonte, dass dies Gesetz zwar keineswegs alles von ihm Gewünschte enthielte, und dass mutigere Maßnahmen – wie *Medicare for All* – notwendig wären, aber dass die im BBB-Paket enthaltenen Maßnahmen einen signifikanten Anfang darstellen würden (Marcetic 2021). Lokale Aktivisten und Bewegungsorganisationen im ganzen Land begrüßten, dass diese Reform die materiellen

⁹ NAM hatte sich nach der Wahl im November 2020 für die Absetzung des Noch-Präsidenten Trump eingesetzt.

Lebensbedingungen für Millionen verbessern und wichtige Schritte gegen die Klimakatastrophe einleiten würde (wenngleich sie hier nicht weit genug ginge), warnten allerdings auch, dass die Verbesserung der Lebenssituation zu politischer Demobilisierung führen könnte (siehe z.B. Massachusetts Action 2021).

Unter dem standhaften Druck der *Progressives* sah sich die Parteiführung im Kongress nach einer hektischen Woche, in der die anberaumte Abstimmung zweimal verschoben wurde, gezwungen, sie bis auf weiteres zu vertagen (Broadwater/Shear 2021; Weisman/Cochrane 2021). Präsident Biden stellte sich öffentlich auf ihre Seite und konzedierte, dass der von *Corporate Democrats* so favorisierte *Bipartisan Deal* erst dann Gesetz werden könne, wenn Einigung über das ambitionierte Sozial- und Klimapaket hergestellt ist – egal wie lange die Verhandlungen dauern würden. Damit signalisierte er natürlich auch an die *Progressives*, dass sie sich auf weitere Abstriche am Paket einzustellen haben – woran die *Corporate Democrats* im Kongress ja schon seit Monaten arbeiten (Sirota 2021).

Die meisten Beobachter sehen das Infrastrukturpaket als Indiz des neuen *Public Goods Approach* der Biden-Regierung, was sie als Abkehr vom neoliberalen Paradigma entweder willkommen heißen oder beklagen. Falls es je, in wie abgespeckter Form auch immer, verabschiedet wird, droht allerdings eine ganz materielle Realisierungsschranke, wenn die Demokraten die Schuldenobergrenze nicht erhöhen (können). Obwohl die republikanischen Kongressmitglieder selbst massiv zur Erhöhung der Staatsverschuldung beigetragen haben, weigern sie sich, der demokratisch geführten Regierung eine flexiblere Obergrenze zur Aufnahme von Krediten zuzugestehen¹⁰ und riskieren so die Zahlungsunfähigkeit des US-Staates.

Diese republikanische Erpressungsstrategie lenkt viele davon ab zu sehen, dass die von den Demokraten versprochene »grüne Energierevolution« weniger auf Expansion des öffentlichen Sektors, als vielmehr auf Subventionierung der privaten Industrie zielt (Aronoff 2021), und dass der Ausbau kommunaler (sozialer wie physischer) Infrastrukturen, wenn er denn kommen sollte, dem Finanzkapital vielfache Gelegenheiten eröffnen wird, mittels staatlicher Gelder ertragreiche Investitionen zu tätigen (Harris 2021).

Ein den Demokraten nicht minder wichtiges Reformvorhaben ist die Stärkung des Wahlrechts. Diese Reform steht eigentlich an, seitdem das Oberste Gericht zuerst mit seinem *Citizens United*-Entscheid 2010 der Finanzierung von Wahlkämpfen durch Konzerne Tür und Tor geöffnet, und dann 2013

10 Auch die Finanzierung des US-Staatshaushalts erlaubten sie, in letzter Minute, Ende September, lediglich bis Dezember 2021.

mit *Shelby v. Holder* das Wahlrechtsgesetz von 1965 (mit dem auch Afroamerikaner*innen das Wahlrecht garantiert wurde) demontiert hat. Nach dem Wahlsieg der Demokraten 2020 begannen republikanisch regierte Einzelstaaten prompt wieder mit der Einführung diskriminierender Wahlgesetze (sogenannter *voter suppression bills*) – und der Oberste Gerichtshof billigte 2021 (mit *Brnovich v. Democratic National Committee*) diese Praxis als verfassungskonform. Die – wie so oft von ALEC und anderen rechten Organisationen vorformulierten – Gesetzestexte schränken Zeiten und Orte für das Abgeben der Wahlscheine extrem ein, kriminalisieren das Verteilen von Briefwahl-Anträgen oder fordern parteiische Wahlbeobachter nachgerade dazu auf, Wähler*innen einzuschüchtern (s.o. Teil 1 dieses Aufsatzes). In Texas verbietet das Gesetz 24-Stunden- sowie *drive-through-Voting* und kreiert neue Vergehen, also illegalisierte Arten und Weisen, wie Bürger*innen ihr Wahlrecht falsch ausüben könnten, oder auch dafür im Gefängnis landen können, dass sie anderen beim Wählen helfen (Lopez 2021). In Georgia und anderen Staaten haben die Gesetzgeber die Kontrolle des Wahlprozesses, v.a. in zuverlässig demokratisch wählenden Bezirken, an republikanische Beamte der Landesregierung übergeben (Corasaniti 2021). Praktisch garantieren die Bestimmungen dieser Gesetze, dass die Demokratische Partei in diesen Staaten keine Wahlsiege wird einfahren können.

Die ungehinderte Ausübung des Wahlrechts und der Schutz der Integrität von Wahlen ließen sich nur durch eine einheitliche Regelung auf Bundesebene, die für alle 50 Staaten gleichermaßen gilt, sichern. Zurzeit liegen drei Gesetzesentwürfe im Kongress: Der *For the People Act*, den das Repräsentantenhaus bereits am 3. März 2021 mit 220 zu 210 Stimmen verabschiedet hat, würde die Ausübung des Wahlrechts schützen, das Gerrymandering beenden, und *dark money* aus den Wahlen heraus halten – er scheiterte am Filibuster der Republikaner am 22. Juni im Senat. Im September startete der »moderate« Demokrat Manchin (dem der *For the People Act* zu weitgehend war) einen neuen Versuch, von dem er behauptete, er könne zehn republikanische Stimmen zu seiner Unterstützung »finden« und damit den Filibuster brechen. Für diesen ausgedünnten *Freedom to Vote Act* zeichnet sich allerdings bislang keine solche Mehrheit ab (Phillips 2021). Der *John Lewis Voting Rights Advancement Act* schließlich würde die Anti-Diskriminierungs-Bestimmungen aus dem 1965er Wahlrechtsgesetz, welche das Oberste Gericht 2013 gekippt hat, wiederherstellen. Das Repräsentantenhaus hat ihn Ende August 2021 verabschiedet und an den Senat gesandt – wo ihn die Republikaner mit einer Filibuster-Androhung blockieren.

Die Zwischenwahlen stehen vor der Tür, die Zeit drängt, denn mit jedem Tag konsolidieren sich die nach dem Zensus im Sommer 2021 neu gezeigten

und mittels Gerrymandering politisch zurecht gezurrten Grenzen der Wahlbezirke (die dann bis zum nächsten Zensus, also zehn Jahre lang gelten). Das im *For the People Act* vorgesehene Verbot von Gerrymandering hätte nur dann eine Chance, wenn das Gesetz verabschiedet würde, *bevor* die Wahlbezirksgrenzen neu fixiert werden (Berman 2021).

Der Plan des Minderheitsführers im Senat, McConnell, die Zeit und Energie der Demokraten mit anderen Aktivitäten zu binden, damit an der Wahlrechtsfront keine Fortschritte zustande kommen, gelingt zurzeit ganz gut mit der republikanischen Blockade sämtlicher Bemühungen der Demokraten, eine Brückenfinanzierung für den Haushalt sowie eine Erhöhung der Schuldenobergrenzen zu sichern. Die Republikaner machen ihre Zustimmung zur Erhöhung der Schuldenobergrenze und damit die Finanzierung staatlicher Ausgaben davon abhängig, dass Bidens Reformprojekte getrimmt und die Wahlrechtsgesetze verschleppt werden. Ohne die Wahlrechtsreform werden die Republikaner sehr wahrscheinlich den Kongress 2022 zurückgewinnen, und dank der neuen *voter suppression*-Gesetze in republikanischgeführten Staaten werden sie auch das Wahlmännergremium (Electoral College) beherrschen.

Die Bedeutung der umkämpften Wahlgesetze – und der ungehinderten Ausübung des Wahlrechts – wird auch daran deutlich, dass die Infrastrukturpakete, ungenügend wie sie sind, überhaupt nicht im Kongress debattiert würden, wenn nicht Wahlrechtsaktivist*innen in Georgia, angefeuert von der von Stacey Abrams gegründeten *Fair Fight Action*, sich in 2020 so stark für die Wählerregistrierung von zahllosen Bürger*innen eingesetzt hätten, dass sie republikanische Hürden überwinden und zwei demokratische Senatoren nach Washington schicken konnten. Erst mit Raphael Warnock und Jon Ossoff erreichten die Demokraten 50 Stimmen im Senat, erst dank ihnen ist, im komplizierten, rechtsschiefen US-amerikanischen legislativen Institutionengefüge, eine Diskussion solcher Reformen möglich geworden. Allerdings steht, im Gegensatz zum Infrastrukturpaket, im Fall der so notwendigen Reform des Wahlrechts Bidens Unterstützung noch aus (Featherstone 2021).

An weiteren Themenfronten, zu denen linke Bewegungen Forderungen an die Biden-Regierung gestellt hatten, fand – soweit sie nicht in mehr oder weniger abgeschwächter Form in das Infrastrukturpaket integriert wurden – bislang weniger Entwicklung statt. Manche dümpeln als unvollendete Gesetzentwürfe in Kommissionen dahin, andere (wie z.B. die universelle Krankenversicherung *Medicare*) wurden als unrealistisch von der Agenda genommen. Über einen Gesetzentwurf, der Polizeigewalt eindämmen sollte (der sogenannte *George Floyd Justice in Policing Act*) und in demokratischen Kreisen breit gefeiert wurde (obwohl keine der dort vorgesehenen prozeduralen Re-

formen die Tötung George Floyds verhindert hätte), konnte keine Einigung erzielt werden (Summers 2021); bei der Durchsetzung der geforderten umwelt- und klimapolitischen Maßnahmen (Nick Martin 2021, Bragman 2021, Kaufman/Eckhouse 2021) sowie der Stärkung der Gewerkschaften und Rechte der Arbeiter*innen verhält sich die Biden-Regierung widersprüchlich (vgl. Maisano 2021; Mueller 2021). In der Migrationspolitik versprach Biden mehr Menschlichkeit, doch an der mexikanischen Grenze werden Asylsuchende verschärft verfolgt und abgeschoben, inzwischen auch auf Basis des Gesetzes zur Seuchenbekämpfung (Montoya-Galvez 2021).

3. Reaktionen und Anpassungen aufseiten (linker) Bewegungen

Demokratisch-sozialistische Gruppen

Ob Justice Democrats, Working Families Party oder Democratic Socialists of America (DSA): all diese Organisationen setzen angesichts der Bedrohung durch die MAGA-Kräfte nun vor allem darauf, demokratische Mehrheiten im Kongress sowie bei einzelstaatlichen und lokalen Wahlen zu erhalten bzw. auszubauen. Die Debatten innerhalb von DSA, insbesondere auf ihrer Jahresversammlung im August 2021, verdeutlichen diese Reorientierung auf elektorale Strategien.

Dank der mobilisierenden Effekte der Wahlkämpfe auf nationaler Ebene (für Bernie Sanders und für mehrere Kongress-Sitze) sowie auf regionaler und lokaler Ebene war die Mitgliederzahl von DSA bis September 2021 auf ca. 95.000 angestiegen, die Zahl lokaler *chapters* auf 239. Binnen sechs Jahren ist die Organisation um 1.400 Prozent gewachsen (Kerson 2021). Etwa 150 ihrer Mitglieder bzw. ihnen politisch nahestehende Kandidat*innen hatten (größtenteils lokale) politische Ämter errungen, zumeist auf dem demokratischen Ticket, und binnen der letzten vier Jahre hatten vier ihrer Mitglieder Kongress-Sitze erkämpft (Alexandra Ocasio-Cortez, Rashida Talib, Cori Bush und Jamaal Bowman – alle People of Color und die meisten davon weiblich) (Chretien 2021).

Diese gewachsene Präsenz von Demokratischen Sozialist*innen in Stadträten, Rathäusern und einzelstaatlichen Kongressen hat die schon länger kontroverse Haltung innerhalb von DSA zur Demokratischen Partei verändert. Nach vielen Auseinandersetzungen zwischen diversen konkurrierenden Fraktionen verabschiedete DSA auf der diesjährigen Jahresversammlung eine Resolution, die das Aufstellen eigener Kandidat*innen auf dem Ticket der demokratischen Partei befürwortete. Mit 577 zu 442 Stimmen war die Mehrheit dafür zwar knapp, aber der Antrag wurde von Mitgliedern unterschiedlicher Fraktionen einhellig formuliert und stand im Gegensatz zu dem

erst 2019 verabschiedeten Entscheid, DSA-Mitglieder sollten sich eher um die Unabhängigkeit vom Zwei-Parteien-System und den Aufbau eigener sozialistischer Parteistrukturen bemühen (Kerson 2021).

Seit der Gründung von DSA ist diese Frage theoretisch wie strategisch umstritten. Die jungen Mitglieder, die für das explosive Wachstum von DSA nach 2016 gesorgt hatten, hatten sich im Präsidentschaftswahlkampf *gegen* die etablierte Führung der Demokratischen Partei politisiert. Für sie existiert(e) kein Widerspruch zwischen disruptiven sozialen Bewegungen einerseits und elektoralen Strategien für progressive demokratische Kandidat*innen andererseits (McNally/Post 2021). Um diese Erfahrungen angemessen zu reflektieren, schlugen führende Köpfe der DSA einen Kompromiss zwischen einem *alignment* mit den Demokraten und der traditionell vorherrschenden Skepsis gegenüber dem Operieren innerhalb der (kapitalistischen) Demokratischen Partei vor (was eher einem *clean break* – einem sauberen Bruch – entspricht). Der Kompromissvorschlag eines *dirty break* – eines schmutzigen Bruchs – sollte die Nutzung elektoraler Strategien ermutigen, aber gleichzeitig an die Perspektive binden, über kurz oder lang mit der Demokratischen Partei zu brechen, um dann – gestärkt und gut vorbereitet – die eigene sozialistische Partei zu gründen. Ein Verfechter dieses Vorschlags argumentierte, man könne Wahlkampagnen und Ämter-Ressourcen nutzen, um »den Sozialismus in der multi-ethnischen Arbeiterklasse zu verankern, und Arbeitskämpfe vor Ort [...] voranzutreiben« (Blanc 2017). Später konzedierte er allerdings, dass dieser Ansatz, Arbeiter*innen-Macht durch *socialist political machines* zu entwickeln, bei DSA bislang eher die Ausnahme sei. Die meisten *chapters* haben noch nicht einmal damit begonnen, unabhängige sozialistische Wahlkampf-Apparate zu bauen (Blanc 2021).

Im Ausmaß, wie DSA-Mitglieder sich im elektoralen Aktivismus engagierten und in den Kampagnen-Apparat der progressiven Demokraten integriert wurden, geriet die Perspektive einer eigenen sozialistischen Partei faktisch in den Hintergrund. Dies galt umso mehr, als sämtliche von DSA unterstützte Kandidat*innen einen Bruch mit der Demokratischen Partei ablehnten – sie führten ihre jeweiligen Kampagnen unabhängig von DSA und schuldeten der Organisation auch keinerlei Rechenschaft (Post 2021). So argumentierten auf der Jahresversammlung 2021 dann auch ehemalige Befürworter*innen (ebenso wie Blanc 2021) gegen diesen Versuch der Quadratur des Kreises und für die klare Priorisierung elektoraler Politik und den Anschluss (*alignment*) an die Demokratische Partei – ein *break* (egal, ob weich oder hart) mit der Demokratischen Partei sei weder den Arbeiterklassen, die sich von ihr vertreten fühlten, zuzumuten, noch wünschten ihn die Kandidat*innen und Volksvertreter*innen, die die errungenen politischen Ämter nutzen wollen,

um den Kampf gegen rechts und für sozialistisch-demokratische Ziele voranzutreiben (Duhalde 2021).

Die innerhalb DSA inzwischen also breit geteilte Einschätzung, dass Wahlen und politische Ämter der beste Weg seien, um Reformen herbeizuführen und die Gesellschaft zu verändern, und dass dabei gelegentlich sogar »zentristische« Demokraten unterstützt werden müssen, gewinnt erheblich an Schlagkraft, wo immer rechtsextreme Trumpisten zur (Wieder-)Wahl stehen.

Auf lokaler Ebene variieren die Praxen wie eh und je, jedoch investieren viele *chapters* nun Zeit und Energie in Bemühungen, Bidens Reformpakete zu unterstützen und zögerliche oder gar blockierende demokratische Kongressmitglieder (wie Kirsten Sinema oder Joe Manchin) zur Rede zu stellen, wo immer sie auftauchen. Vermehrt schicken sie inzwischen Kandidat*innen aus den eigenen Reihen ins Rennen; aber zumeist kommen progressive Amtsanwärter*innen von außen auf DSA zu, um ihr *endorsement* zu erbitten (in diesem Prozess werden sie nicht selten zu Mitgliedern, vgl. Sawant 2021). Manche *chapters*, bspw. Chicago, Silicon Valley und Lansing, Michigan, haben Stadtverordnete, denen sie zur Wahl verholfen hatten, aber auch kritisiert oder gar mit ihnen gebrochen (Burns 2021). Auch auf lokaler Ebene hat, von interessanten Ausnahmen abgesehen, die elektorale Arbeit und Kooperation mit (dem progressiven Flügel) der Demokratischen Partei Vorrang vor dem Engagement in Arbeits- oder Mietenkämpfen und dem Aufbau eigener politischer Strukturen aus solchen Kämpfen heraus. Zu den Ausnahmen gehören im Staat New York Buffalo sowie New York City (Mamdani/Thier 2021). Auch in Rhode Island mischen zwei demokratisch-sozialistische Repräsentanten die konservative Mehrheit der Demokraten in der *General Assembly* auf – und können sich dabei auf die Zuarbeit ihres Providence DSA-*chapters* verlassen (Bell/Morales 2021). Ebenso bleiben im Chicagoer Stadtrat vertretene DSA-Mitglieder ihrer Basis gegenüber verantwortlich und arbeiten eng mit dem dortigen DSA-*chapter* zusammen (Hazard 2021). Deren Praxen verdienen noch genauere Untersuchung.

Black Lives Matter

An der Ausrichtung der aus den BLM-Protesten hervorgegangenen Bewegungen und ihren Organisationen hat sich seit dem Amtsantritt der Biden-Harris-Regierung nichts wesentlich verändert. Die jeweiligen lokalen Bewegungsmilieus sind sehr divers, zum Teil haben sie enge Beziehungen mit den professionell aufgestellten und zunehmend auf *black unity* orientierten Organisationen auf nationaler Ebene, wie BLMGN (Black Lives Matter Global Network) und M4BL (Movement for Black Lives). So sehen beispielsweise die Gründer*innen des ursprünglich kleinen Black Vision

Collective »with Black, queer and trans leadership« in Minneapolis, Kandace Montgomery und Miski Noor, ihre Arbeit als Teil des M4BL. Wie viele andere von Schwarzen geführte Organisationen profitierten sie von der Spendenflut in Folge der George Floyd Proteste: mit dem *Donate*-Button auf ihrer Webseite nahmen sie schließlich mehr als 30 Millionen US-Dollar ein (Wortham 2020). Sie ließen sich von BOLD in professionellem Organizing schulen¹¹ und konzentrierten sich darauf, Druck auf die Lokalpolitik aufzubauen, um das Police Department von Minneapolis aufzulösen. Schon binnen eines Monats votierten alle zwölf Stadtratsmitglieder für dessen Ersetzung durch ein von Community-Organisationen entwickeltes Modell (Reuters Staff 2020). Doch im Lauf des folgenden Jahres lernte Black Vision die vielfältigen Manöver und Taktiken im Zusammenspiel der lokalen Eliten und der Stadtverwaltung kennen, mit denen sie nicht nur das Votum revidierten, sondern zusätzliche Millionen in den Ausbau der Polizeikräfte investierten, die mit zahlreichen Fällen exzessiver Gewalt weiterhin für Schlagzeilen sorgten (Montgomery/Noor 2021).

Im Gegensatz zu Gruppen wie Black Vision sind andere eher offen für sämtliche People of Color und/oder sonstige anti-rassistische Organisationen, und engagieren sich nicht nur in jeweiligen lokalen Auseinandersetzungen um Polizeigewalt, sondern auch gegen Zwangsräumungen und für Mietenoratorien, in Arbeitskämpfen und Streik-Unterstützung sowie in konkreter Hilfe und langfristigen Kampagnen für Wohnungslose, für Suppenküchen, etc. Der Split zwischen einer antirassistischen Politik, die sich primär für »building and centering Black power and leadership« einsetzt (Montgomery/Noor 2021), und antirassistischem Aktivismus, der die Ursachen ethnischer Diskriminierung in *racial capitalism* sieht, existiert nach wie vor. Er wird durch die Diversity-Politik der Biden-Regierung vermutlich noch verstärkt.

Von BLM zu Repräsentation und Diversity

Biden hat mehr Kabinetts- und Sub-Kabinettspositionen sowie Leitungen von Bundesbehörden mit Frauen, Transgender und People of Color besetzt als je eine US-amerikanische Regierung. Linke Bewegungen feierten besonders den Einzug von Deb Haaland ins Kabinett, allerdings nicht nur wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit, sondern weil ihr unterstellt wurde, sie wolle und könne nun die extraktivistischen Ambitionen der Energie- und Ölkonzerne –

11 BOLD (Black Organizing for Leadership and Dignity) ist ein landesweites Schulungszentrum, das – laut Selbstdarstellung – die Praxis Schwarzer *Organizers* transformieren will, um ihre Ausrichtung, ihren Einfluss und ihre Nachhaltigkeit zu erhöhen, und so einen progressiven Wandel zu erreichen, <https://boldorganizing.org/>.

besonders in indigenen Gebieten – einschränken (Kolhatkar 2021). Vom neuen afro-amerikanischen Verteidigungsminister oder der neuen weiblichen Finanzministerin wurden dagegen kaum rüstungs- oder bankenregulierende Maßnahmen erwartet, auch mit dem jungen, homosexuellen Transportminister wurden kaum Hoffnungen auf eine Verkehrswende verknüpft. Denn die Bewegungslinke hatte eigentlich längst gelernt, dass die Ernennung von Personen, die rassistisch, sexistisch oder auch wegen ihrer Klassenherkunft ausgegrenzt wurden, nicht gleichbedeutend mit deren Einsatz für progressive Politik ist (Taylor 2020; Kunkel 2021). Nun beobachten wir verstärkt, wie die Demokratische Partei und sogar der CIA Diversität nutzen, um sich neu und attraktiver für People of Color, Frauen, trans- und queer-Personen zu präsentieren (Lovato 2021, Borger 2021). Entsprechend wird die Demokratische Partei häufig als Partei des multikulturellen Neoliberalismus gekennzeichnet (z.B. Riley 2020).

Sie verfolgt eine Politik des »gerechten Multikulturalismus« – und trifft sich hier mit der mehr oder weniger latenten Zielvorstellung der antirassistischen *black-unity*-Verfechter*innen. Dies Konzept benennt eine faire Verteilung diskriminierter Gruppen innerhalb der Klassenhierarchie entsprechend ihrem jeweiligen Bevölkerungsanteil, d.h. auf jeder Stufe der Klassenhierarchie, von Niedrigverdiener*innen bis zu Konzernmanager*innen, soll die demographische Diversität der zugrundeliegenden Bevölkerung vertreten sein (Reed 2016; Johnson 2020). Dabei ist die Steigerung von Diversität völlig kompatibel mit der Aufrechterhaltung, ja sogar der Intensivierung von ökonomischer Ungleichheit.

Es sind primär diese Zusammenhänge (und weniger die Beobachtung der Entwicklung der BLM-Bewegungen im Verlauf der letzten Jahre), die Adolph Reed zu der Einschätzung geleitet haben, dass BLM keineswegs Gefahr läuft, kooptiert zu werden (Reed 2021). Die Bewegung sei von Anfang an auf Unternehmertum ausgerichtet, die Nähe ihrer zentralen Figuren zu Medien- und Kulturunternehmen unterstreicht dies. Aber auch die Entwicklung von BLM bestätigt die Begrenztheit des *black-unity*-Ansatzes genauso wie die eines lediglich auf faire Verteilung gerichteten Gesellschaftsmodells. Zwar trug BLM entscheidend dazu bei, die öffentliche Aufmerksamkeit auf rassistische Polizeibrutalität und die Ermordung Schwarzer Menschen zu richten – aber sie deutet dies Unrecht im Rahmen eines auf ethnische Zugehörigkeit reduzierten (*race-reductionist*) Narrativs, womit sie die strukturellen Ursachen rassistischer Polizeigewalt eher verschleiert als erklärt. Dass die bundesweit agierenden Organisationen BLMGN und M4BL sich ebenfalls zu PACs (Political Action Committees) für die Demokratische Partei entwickelt haben, und ihre lokalen *chapters* – soweit sie sich nicht dezidiert von dieser Strategie ab-

gewandt und von der Organisation getrennt haben – zu Freiwilligenarbeit bei der Unterstützung von Wahlkämpfen drängen, überrascht deshalb kaum.

Von der Kampfkraft zur Kaufkraft der arbeitenden Klassen

Auch zur Sozial- und Wirtschaftspolitik der Biden-Regierung verhält sich die Linke gespalten. Wie oben gezeigt, feiern viele die beiden Infrastruktur-Pakete, vor allem das umfangreichere, sozial- und klimapolitische Investitionen enthaltende *Build Back Better*-Paket, als mutige öffentliche Investitionen, die nicht nur die Rolle des Staats als für *public goods* verantwortlich stärken werde, sondern auch demoralisierte Wähler*innen von Trump zurückgewinnen könne.

Viele übersehen dabei, dass – angesichts der Erschöpfung des neoliberalen Modells – sowohl in den Wirtschaftswissenschaften als auch in Konzernspitzen und Vermögensverwaltungen, und natürlich auch in politischen Kreisen (vom IWF über das Weltwirtschaftsforum bis ins Weiße Haus) längst Sondierungen für einen Paradigmenwechsel stattfinden, um Fehlentwicklungen im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus mittels staatlicher Intervention regulieren zu können, so etwa bereits 2019 durch die weltweit führende Investmentgesellschaft BlackRock (Bartsch u.a. 2019). Dabei gelten massive öffentliche Ausgaben angesichts chronischer Finanzkrisen, säkularer Stagnation, erodierender Infrastrukturen und ökologischer Krisen als unumgänglich.

Die hier vorgeschlagenen Programme sehen die Rolle des Staates primär darin, den Privatsektor mittels öffentlicher Ausgaben zu entsprechenden Investitionen zu motivieren, weniger darin, den öffentlichen Sektor zu stärken, geschweige denn, ihn zu demokratisieren. Diese Mobilisierungsgelegenheit wird zur Zeit von der Bewegungslinken kaum genutzt. Kritik am Infrastrukturplan (so sie denn artikuliert wird) bezieht sich vor allem auf den zu geringen Umfang und die fehlenden Green New Deal-Bestandteile, was Bidens Ambition, Klimapolitik betreiben zu wollen, ohne sich mit der *Fossil Fuel*-Industrie anzulegen, reflektiere. Außerdem wird das Festhalten am Bau der Öl-Pipeline Enbridge's Line 3 sowie das Fehlen von Umschulungsprogrammen etwa für Beschäftigte in der Fracking-Industrie moniert (solche Programme hätten nebenbei auch den Effekt, diese Arbeiter*innen gegenüber Versprechungen der Republikaner zu immunisieren). Weitaus seltener sind Stimmen, die das nach wie vor große Vertrauen in den Privatsektor bei der Durchsetzung klimapolitischer Ziele, das Setzen auf Anreize statt auf Regulierung oder den Ausverkauf kommunaler Versorgungsunternehmen (auf den Private Equity-Firmen schon lauern) kritisieren. Da Wasser- und Elektrizitätsversorgung in vielen Städten privatisiert oder in Public-Private-Partnerships überführt worden ist, drohen die staatlichen Infrastrukturgelder vor allem

solche Beteiligungs-Kapitalgesellschaften zu bereichern (Harris 2021). Das hilft allerdings weder den Kommunen noch den städtischen Arbeiter*innen.

Das von der Demokratischen Partei adoptierte Paradigma bietet der Linke auch das Gelegenheitsfenster, die sozialpolitischen Elemente der Biden-Reform zu politisieren. Die vorgeschlagenen Programme basieren auf der Einsicht, dass Maßnahmen zur Stimulierung wirtschaftlichen Wachstums allein nicht genügen, sondern dass auch mit redistributiven Maßnahmen die Kaufkraft der (vielfach nur noch mittels Kreditkarten und anderen Schulden ihren Lebensunterhalt bestreitenden) unteren Klassen gestärkt werden muss. Wo Sozialausgaben nicht (mehr) an restriktive und ausschließende Bedingungen geknüpft sind, bieten sich Interventionschancen für Linke – doch gleichzeitig Risiken wegen der potenziell damit einhergehenden Befriedung und/oder Politikmüdigkeit. Gleichzeitig birgt die aktuelle Fixierung großer Teile der Linken auf die Demokratische Partei die Gefahr, dass klassenpolitische und antikapitalistische Elemente ihrer Strategie mehr und mehr verloren gehen.

Da sowohl die industriepolitischen und redistributiven Politikvarianten, als auch die anti-disparitären Gerechtigkeitsvorstellungen von Diversität und *racial justice*, welche die Biden-Agenda prägen, mit sich verschärfender Ungleichheit in der Klassengesellschaft kompatibel sind, bleibt für die Linke eigentlich viel zu tun. Aber da sich für 2022 bereits die Gefahr des Verlusts der demokratischen Mehrheiten in Washington abzeichnet (auf einzelstaatlicher Ebene ist das bereits in mehr als der Hälfte der Staaten der Fall¹²), bleibt den Linken kaum eine andere Wahl, als sich mit aller Kraft für die (Wieder-)Wahl der Demokraten einzusetzen – egal wie ungenügend deren Agenda ist –, um die drohende Machtübernahme der MAGA-Kräfte zu verhindern.

Literatur

- 117th Congress. URL: <https://www.congress.gov>.
- Armiak, David (2021): ALEC's Annual Meeting queues up fights over federal powers, fossil fuels, big tech, labor rights, and the GOP's culture wars. In: Common Dreams, 30.7. URL: <https://www.commondreams.org/>.
- Aronoff, Kate (2021): The Left is the only reason we are even talking about climate change at all. In: The New Republic, 22.7. URL: <https://newrepublic.com/>.
- Bartsch, Elga u.a. (2019): Dealing with the next downturn: From unconventional monetary policy to unprecedented policy coordination, BlackRock Investment Institute, August. URL: <https://www.blackrock.com>.
- Bell, Sam / Morales, David (2021): Socialist legislators are taking on Rhode Island's ultraconservative Democrats. In: Jacobin, 15.9. URL: <https://www.jacobinmag.com/>.
- Berman, Ari (2021): GOP could retake the House in 2022 just by gerrymandering four Southern States, Mother Jones, 29.7. URL: <https://www.motherjones.com/>.
- Blanc, Eric (2017): The Ballot and the Break. In: Jacobin, 4.12. URL: <https://www.jacobinmag.com/>

12 »Partisan composition of state legislatures«, <https://ballotpedia.org/>.

- (2021): We should focus on scaling up working class power, not debating the working class break. In: The Call, 6.8. URL: <https://socialistcall.com/>.
- Borger, Julian (2021): The CIA forges unity in diversity: Everybody hates their »woke« recruitment ad. In: The Guardian, 4.5. URL: <https://www.theguardian.com/>.
- Bragman, Walker (2021): Joe Biden is still pushing to expand offshore drilling, in: Jacobin, 17.9. URL: <https://jacobinmag.com>.
- Broadwater, Luke / Shear, Michael D. (2021) Progressives flex muscles on Biden Agenda, adopting new tactics. In: NYT, 1.10. URL: <https://www.nytimes.com/>.
- Burns, Rebecca (2021): Meet the new generation of “Sidewalk Socialists.” In: In These Times, 28.9. URL: <https://inthesetimes.com/>.
- Chretien, Todd (2021): DSA Convention 2021: Big accomplishments and the long road ahead. In: Pine & Roses, 7.8. URL: <https://pineandroses.org>.
- CNN, 10.8.2021. URL: <https://edition.cnn.com>.
- Cochrane, Emily (2021): House Passes \$3.5 Trillion Budget Plan for Vast Expansion of Safety Net. In: NYT, 24.8. URL: <https://www.nytimes.com/>.
- Corasaniti, Georgia (2021): Republicans edge toward a takeover of elections in Fulton County, the state’s largest. In: NYT, 29.7. URL: <https://www.nytimes.com/>.
- Duhalde, David (2021): Reflections on the 2021 DSA National Convention. In: Socialist Forum, Sommer. URL: <https://socialistforum.dsausa.org/>.
- Eleveld, Kerry (2021): Civiqs poll: 80 Percent of Republicans believe election was stolen from Trump. In: Daily Kos, 30.7. URL: <https://www.dailykos.com/>.
- Evers-Hillstrom, Karl (2021a): Business groups create new headache for Pelosi. In: The Hill, 22.9. URL: <https://thehill.com>.
- (2021b): Koch-backed group launches 7-figure ad blitz opposing \$3.5T bill. In: The Hill, 23.9. URL: <https://thehill.com/>.
- Ewall-Wice, Sarah (2021): McConnell stops Schumer’s latest attempt to raise debt ceiling, CBS News 29.9. URL: <https://www.cbsnews.com>.
- Featherstone, Liza (2021): Biden needs to get serious about voting rights. In: Jacobin, 7.9. URL: <https://www.jacobinmag.com>.
- Fletcher, Bill (2021): The Republican Party Has Now Proven that it is the Party-for-Dictatorship, 4.4. URL: <https://billfletcherjr.com/>.
- Greenwood, Max (2021): A third of Americans believe Biden won because of voter fraud: poll. In: The Hill, 21.6. URL: <https://thehill.com/>.
- Harris, Lee (2021): Eyeing federal infrastructure windfall, public equity courts public utilities. In: American Prospect, 22.7. URL: <https://prospect.org/>.
- Hazzard, Halsey (2021): »People are running out of patience with the capitalist system«: Rossana Rodriguez Sanchez on governing as a socialist. In: In These Times, 29.9. URL: <https://inthesetimes.com/>.
- Heideman, Paul / Jay, Paul (2021): Is Biden a transformational president? In: TheAnalysis.news, 15.3. URL: <https://theanalysis.news/>.
- Johnson, Cedric (2020): The Triumph of Black Lives Matter and Neoliberal Redemption. In: NonSite.Org, 9.6. URL: <https://nonsite.org/>.
- Kagan, Robert (2021): Our Constitutional Crisis is Already Here. In: Washington Post, 23.9. URL: <https://www.washingtonpost.com>.
- Kaufman, Leslie / Eckhouse, Brian (2021): For climate progressives, Biden’s 2.25 trillion isn’t enough. The money delighted renewable industries but disappointed the Left. In: Bloomberg, 1.4. URL: <https://www.bloomberg.com/>.
- Kerson, Roger (2021): Democratic Socialists make a Strategy for the Biden Era. In: In These Times, 21.9. URL: <https://inthesetimes.com>.
- Kolhatkar, Sonali (2021): Deb Haaland strikes fear into the heart of the GOP. In: Znet, 19.3. URL: <https://zcomm.org>.

- Kunkel, Benjamin (2021): Great Grievs: Notes on the US Election. In: *Salvage*, 10.3. URL: <https://salvage.zone>.
- Levits, Eric (2021): 3 Key Divides in Democrats' Civil War Over the Biden Agenda. In: *New York Magazine*, 14. 9. URL: <https://nymag.com/>.
- Levitsky, Steven / Ziblatt, Daniel (2021): The Biggest Threat to Democracy is the GOP Stealing the Next Election. In: *The Atlantic*, 9.7. URL: <https://www.theatlantic.com>.
- Lopez, Ashley (2021): A Texas Bill would make more voting crimes. In: *NPR*, 4.8. URL: <https://www.npr.org/>.
- Lovato, Roberto (2021): The Age of Intersectional Empire is upon us. In: *The Nation*, 10.5. URL: <https://www.thenation.com/>.
- Maisano, Chris (2021): Workers need organization, not technical fixes. In: *Jacobin*, 6.9. URL: <https://www.jacobinmag.com/>.
- Mamdani, Zohran / Thier, Hadas (2021): In New York the Socialist Electoral Project is strong. In: *Jacobin*, 1.7. URL: <https://www.jacobinmag.com>.
- Marcetic, Branko (2021): Bernie Sanders is making his pitch to swing voters. In: *Jacobin*, 1.9. URL: <https://jacobinmag.com/>.
- Martin, Jonathan (2021): Ohio House Republican, Calling Trump a »Cancer«, Bows out of 2022. In: *NYT*, 16.9. URL: <https://www.nytimes.com>.
- Martin, Nick (2021): The Biden Administration defends yet another pipeline. In: *The New Republic*, 25.6. URL: <https://newrepublic.com>.
- Massachusetts Peace Action (2021): The 3.5T Build Back Better Act is a Huge Step, but not Enough, 26.9. URL: <http://masspeaceaction.org>.
- Mayer, Jane (2021): The big money behind the big lie. In: *The New Yorker*, 9.8. URL: <https://www.newyorker.com/>.
- McGraw, Meredith (2021): Trump allies eye election law push should he be reelected. In: *Politico*, 15.10. URL: <https://www.politico.com/>. <https://www.politico.com/news/2021/10/15/trump-allies-election-law-reelection-516077>
- McNally, David / Post, Charles (2021): Beyond Electoralism: Mass Action and the Remaking of the Working Class. In: *Spectre* 2/1. URL: <https://spectrejournal.com>.
- Montgomery, Kandace / Noor, Miski (2021): No, Minneapolis did not defund the Police. But we're not done trying. In: *In These Times*, 15.7. URL: <https://inthesetimes.com>.
- Montoya-Galvez, Camilo (2021): Biden administration increases border deportations and prosecutions to deter migration. In: *CBS News*, 10.8. URL: <https://www.cbsnews.com>.
- Mueller, Eleanor (2021): Unions squeeze pro-labor priorities into Democrats' spending bill. In: *Politico*, 21.9. URL: <https://www.politico.com/>.
- NAM (2021): Manufacturers react to recovery-stunting tax hike proposal. URL: <https://www.nam.org/>.
- Niedzwiedek, Nick (2021): Trump spikes the football on Gonzales' retirement. In: *Politico* 17.9. URL: <https://www.politico.com/>.
- Pape, Robert (2021a): Why we cannot afford to ignore the American insurrectionist movement, *The University of Chicago*, 6.8. URL: <https://cpost.uchicago.edu/>.
- (2021b): 21 Million Americans say Biden is »illegitimate« and Trump should be restored by violence, survey finds. In: *The Conversation*, 23.9. URL: <https://theconversation.com/>.
- Phillips, Amber (2021): The Five-Minute Fix, in: *Washington Post*, 2.8. URL: <https://s2.washingtonpost.com/camp-rw/>.
- Post, Charles (2021): What happened to the »dirty break«? The evolution of a socialist electoral strategy. In: *Spectre*, 17.9. URL: <https://spectrejournal.com>.
- Reed, Adolph (2016): How racial disparity does not help make sense of patterns of police violence. In: *NonSite.org*, 16.9. URL: <https://nonsite.org>.
- Reed, Adolph (2021): Why Black Lives cannot be co-opted, *NonSite*, 23.7. URL: <https://nonsite.org>.

- Reuters Staff (2020): Minneapolis City Council resolves to replace police with community-led model, 12.6. URL: <https://www.reuters.com/>.
- Riley, David (2020): Fault Lines. Political Logics of the US Party System. In: *New Left Review* 126. URL: <https://newleftreview.org/>.
- Rock, Julia / Grim, Ryan (2021): Bernie Sanders to House Progressives: Hold Strong or the Senate will Tank Biden's Agenda. In: *The Intercept*, 29.9. URL: <https://theintercept.com/>.
- Romm, Tony (2021): Corporate America launches massive lobbying blitz to kill key parts of Democrats' \$3.5 trillion economic plan. In: *Washington Post*, 31.8. URL: <https://www.washingtonpost.com>.
- / Torbati, Yeganeh (2021): Prospect of massive economic packages unleashes lobbying bonanza in Washington. In: *Washington Post*, 4.8. URL: <https://www.washingtonpost.com>.
- Sawant, Kshama (2021): Why I'm joining Democratic Socialists of America, *Socialist Alternative*, 26.2. URL: <https://www.socialistalternative.org/>.
- Sen, Basav (2021): Biden should reject the infrastructure plan written by Exxon and invest in saving the climate instead. In: *MarketWatch*, 28.7. URL: <https://www.marketwatch.com/>.
- Sirota, David (2021): Progressive pressure over the budget reconciliation bill. In: *Jacobin*, 24.9. URL: <https://www.jacobinmag.com/>.
- / Rock, David / Perez, Andrew (2021): The New Covid-19 Relief Bill is good, but not good enough. In: *Jacobin*, 11.3. URL: <https://jacobinmag.com/>.
- Smith, David (2021): Joe Biden's reforming agenda at risk of dying a slow death in Congress. In: *The Guardian*, 12.6. URL: <https://www.theguardian.com>.
- Stein, Jeff (2021): IRS begins sending monthly checks to millions of American parents in crucial test for Biden. In: *Washington Post*, 15.7. URL: <https://www.washingtonpost.com/>.
- Stone, Peter (2021): Rightwing lobbies and dark money funders backing assaults on voting rights. In: *The Guardian*, 18.8. URL: <https://www.theguardian.com/>.
- Suh, Chan / Tarrow, Sidney (erscheint 2022): Suppression by Stealth: The partisan response to protest in state legislatures. In: *Politics and Society*.
- Summers, Juana (2021): Congressional Negotiators have failed to reach a deal on police reform. In: *NPR*, 22.9. URL: <https://www.npr.org/>.
- Tankersley, Jim (2021): Biden Team prepares 3 Trillion in New Spending for the Economy. In: *NYT*, 22.3. URL: <https://www.nytimes.com/>.
- Tarrow, Sidney (2021): Protest repression and the new public-private federalism. In: *The Hill*, 29.7. URL: <https://thehill.com>.
- Taylor, Keeanga-Yamahatta (2020): Joe Biden, Kamala Harris, and the Limits of representation. In: *New Yorker*, 24.8. URL: <https://www.newyorker.com/>.
- The Economist* (2020): After a heady start Joe Biden's legislative agenda has hit a wall. In: *The Economist*, 19.6. URL: <https://www.economist.com/>.
- The White House* (2021): Economic & Budget Analyses. URL: <https://www.whitehouse.gov>.
- 31.3.2021. URL: <https://www.whitehouse.gov/>.
- 28.4.2021. URL: <https://www.whitehouse.gov/>.
- 28.7.2021: Fact Sheet: Historic Bipartisan Infrastructure Deal. URL: <https://www.whitehouse.gov/>.
- Weisman, Jonathan / Cochrane, Emily (2021): House delays vote on Infrastructure Bill as Democrats Feud. In: *NYT*, 30.9. URL: <https://www.nytimes.com/>.
- Woodward, Bob / Costa, Robert (2021): Peril. *New York*.
- Wortham, Jenna (2020): How a new wave of black activists changed the conversation. In: *NYT*, 25.8. URL: <https://www.nytimes.com/>.